Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

266 (26.9.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle und in unsr. Ausgabestellen abgeholt monatlich M 100.—, frei Haus geliefert monatlich M 110.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen M 110.—; durch die Post einsch. Zustellungsgebühr M 110.— monatlich. Einzelverkauf Werktags 4.— Sonntags 5.— M.

Postscheckkonto Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum M 15.—; auswärts M 20.—; Familienanzeigen u. Stellengesuche M 9.—; Reklamezeile M 50.—; an erster Stelle M 60.—. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Jobo; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 266. — Dienstag, den 26. September 1922 — Erstes Blatt.

Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Am Sonntag haben sich in Nürnberg die Mehrheitssozialdemokraten mit den Unabhängigen Sozialdemokraten zu einer neuen Partei zusammengeschlossen. Die neue Partei nennt sich Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Im Reichstag wird die neue Partei über rund 170 Sitze verfügen. Es ist dringend nötig, daß diesem großen sozialistischen Block ein Block der nichtsozialistischen Parteien gegenübergestellt wird. Die Trennung in der alten Sozialdemokratie erfolgte während des Krieges im Streit über die Bewilligung der Kriegsanleihen. Mancher Gegner des Sozialismus freute sich damals darüber, daß durch diese Trennung der Sozialismus an Kraft verlor. Aber die Folgen dieser Trennung wurden verhängnisvoll für die ganze deutsche Politik, um so verhängnisvoller, je mehr der Sozialismus als Oppositionspartei Zulauf aus den Reihen der Unzufriedenen erhielt. Nach der Spaltung der alten Partei stellte jeder Teil seine Politik einzig und allein nur auf die Schwächung des Parteigegners ein ohne Rücksicht darauf, wie dieser Kampf nach innen und nach außen wirken mußte in den Tagen, in denen wir die letzten Kräfte zur Ueberwindung des äußeren Feindes hätten sammeln müssen. An unserem elenden Zusammenbruch ist die Spaltung im Sozialismus mitschuldig. Die alten Führer ließen sich in der Abwehr der maßlos wüsten Agitation der Unabhängigen verleiten, die Interessen des Landes hinter die Interessen der Partei zu stellen. Die Sorge um die Erhaltung der alten Partei und der Kampf um die Stimmen der Unzufriedenen, den die Unabhängigen führten, zerrüttete das innerpolitische Leben Deutschlands. Im Reichstage spielten sich durch die Hetze der Unabhängigen im letzten Kriegsjahr Dinge ab, die uns im Ausland unendlichen Schaden zugefügt haben.

Und die Folgen dieses Kampfes innerhalb der Sozialdemokratie wurden noch schlimmer mit Beginn der Revolution, als eine tolle Hetze sich hemmungslos austoben konnte. Die Entwicklung führte zu dem Erfolg der Unabhängigen bei den Reichstagswahlen im Jahr 1920. Einige Zeit versuchte die Mehrheitssozialdemokratie es mit dem Radikalismus der Unabhängigen aufzunehmen. Aber schließlich konnte sie doch als Regierungspartei über gewisse Grenzen nicht hinaus. Die Zeit hat der Taktik der alten Partei recht gegeben. An der politischen Ermüdung der Massen brach sich die Hetze der Unabhängigen. Damit kommt man auf die Gründe, die zur Wiedervereinigung führten.

Nicht nur die Partei der Unabhängigen litt unter den Folgen der politischen Ermüdung, schließlich hat sie jede Partei zu spüren, aber die sozialistischen Parteien im besonderen. Die Enttäuschung greift um sich, allzu viele Versprechen, allzu viele Hoffnungen sind unerfüllt geblieben. Hunderttausende jener, die einst im kindlichen Glauben an eine neue Zeit irregeführt, auf die rote Fahne schworen, zeigen heute nur noch politisches Interesse, soweit Lohnangelegenheiten in Frage stehen. Dazu kommen Geldschwierigkeiten, von denen heute alle Parteien, aber ganz besonders die sozialistischen Parteien, bedrückt werden. Es ist bezeichnend, daß die Unabhängigen am 1. August nur noch über einen Kassenbestand von 500 000 Mark verfügten. Was will das bedeuten für eine Partei, die angeblich über 300 000 eingeschriebene Mitglieder verfügt. Mit diesem Geld kann man heute kaum eine ordentliche Gemeindewahl in einer größeren Stadt machen. Zum Vereinigungsentschluß drängte die Umschichtung in der sozialistischen Wählerschaft, eine Folge der Einkommensveränderung. Gar mancher Arbeiter zählt sich heute seinem Einkommen nach nicht mehr unter das sogenannte Proletariat. Proletarier nennen sich heute andere Leute als früher. Aber diese neuen Proletarier wollen nichts vom Sozialismus wissen, weil sie den Sozialismus für schuldig an ihrem Elend halten, sie wenden sich von sozialistischen Phrasen ab. Und in den Reihen der alten proletarischen Garde geht das Mißtrauen um.

Die beiden nun vereinigten Parteien hoffen, durch gemeinsame Kraft diese Nöte zu überwinden. Die Unabhängigen haben den Gegensatz zur Sozialistischen Partei Deutschlands durch einen ziemlichen Ruck nach rechts überbrückt, die alte Sozialdemokratie hat eigentlich nur wenige Zugeständnisse gemacht. Die wachsende Abneigung gegen agitatorische Phrasen kam ihr zustatten. Ein sogenanntes Aktionsprogramm bildet die Grundlage der Einigung. Es soll jedoch nur für ein Jahr gelten. Alles fließt in der Politik, sagte auf dem Augsburger Parteitag ein Redner, es sei unmöglich, heute Politik nach einem Programm für ewige Zeiten festzulegen, ähnliche Töne hörte man auch auf dem Parteitag der U. S. P. Die Abkehr von jeglicher programmatischer Festlegung zeigt, wie richtungslos augenblicklich der Sozialismus ist, wie er sich nur auf die Tagesbedürfnisse einstellt. Wie stolz war der Sozialist von einst auf sein Programm, unantastbar waren ihm die Grundsätze, und heute! Alles fließt! Man hat sich in Nürnberg gewissermaßen auf dem Boden der Grundsatzlosigkeit geeinigt, wo keine Grundsätze, keine Gegensätze. Eine einfache Lösung. Auf die Frage, was ist Sozialismus, antwortete Reichswirtschaftsminister Schmidt auf dem Parteitag in Augsburg: Beseitigung des kapitalistischen Systems. Kann man eine armseligere Antwort geben?

e.

Die Orientkrise.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die gütliche Lösung der Orientkrise ist angebahnt. Auf die Einladung, die die Entente an Kemal zu einer Friedenskonferenz ergehen ließ, ist bereits die Antwort eingetroffen: Kemal ist bereit, selbst zur Konferenz zu kommen und schlägt einen Ort auf kleinasiatischem Boden vor, wahrscheinlich in Ismid. In Paris, wo die Besorgnis wegen neuer kriegerischer Verwicklungen besonders groß war, wird die Einladung an die Türkei als eine Kompromißlösung aufgefaßt. Frankreich hat, entgegen seinem früheren Programm, die Forderungen Englands, nämlich die Sicherheit der neutralisierten Meerengen durch dauernde internationale Besetzung von Gallipoli angenommen. Daraufhin hat England seinen Widerstand gegen die Rückgabe Adrianopels gegen die Türken aufgegeben. Die Rückgabe von Adrianopel ist von England und Frankreich schon im März dieses Jahres versprochen worden und steht daher nicht mehr ernsthaft zur Diskussion. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England über eine Entmilitarisierung der an die Türkei zurückgegebenen Gebiete sind vorläufig dadurch verschleiert worden, daß in der Note eine klare Bezeichnung der strittigen Zone noch fehlt. Hervé definiert die Entscheidung am Samstag in einem Leitartikel der „Victoire" dahin, daß England, Frankreich und Italien sich verpflichten, das Meerengengebiet einschließlich Konstantinopel gegen jede andere Macht militärisch zu verteidigen.

Die ganze Aufmerksamkeit richtet sich nun zunächst auf den Erfolg der Mission des früheren französischen Ministers Boullion, der bereits nach Besprechungen mit Poincaré zu den Friedensvorverhandlungen abgereist ist und voraussichtlich am Donnerstag mit Mustafa Kemal in Ismid zusammentreffen wird. Ueber die Frage, ob Mustafa Kemal die Vorschläge der Verbündeten annehmen wird, äußern sich auch die heutigen Pariser Abendblätter noch zurückhaltend, aber nicht ohne Hoffnung. Man glaubt, daß die Rückgabe von Adrianopel als ausreichender Preis für die unvermeidliche Beschränkung der türkischen Oberhoheit über die Meerengen anerkannt wird, zumal Frankreich die Türkei nicht im Zweifel darüber lassen wird, daß im Falle einer türkischen Ablehnung Frankreich auf der Seite Englands stehen wird.

In Pariser politischen Kreisen wird nach gestrigen Telegrammen angenommen, daß infolge der bevorstehenden Verständigung in der Orientfrage die bedrohte Stellung des Kabinetts Poincaré wieder hergestellt ist, weil jene von vielen als ein großer Erfolg der französischen Regierung aufgefaßt wird.

Man wird jetzt nur noch abwarten müssen, wie Rußland sich zu der nun angebahnten Lösung der Dardanellenfrage verhalten wird. Bekanntlich hat Tschitscherin noch vor wenigen Tagen erklärt, Sowjetrußland würde keine Lösung anerkennen, die ohne seine Mitwirkung erfolge.

Die Kemalisten zur Pariser Entscheidung.

t. **London**, 25. Sept. (Drahtber.) Der Vertreter der Regierung von Angora in Konstantinopel, Hamid Bey, erklärte dem Korrespondenten der Sunday Expreß, daß die Kemalisten bereit seien, die Freiheit der Meerengen anzuerkennen und an einer Konferenz über den Nahen Orient teilzunehmen, aber vor der Eröffnung der Konferenz müsse den Türken das Recht eingeräumt werden, die Meerengen zu überschreiten und Thrazien zu besetzen. Sollte der vorherigen Besetzung Thraziens ein Hindernis entgegengesetzt werden, so würden sie keine Konferenz annehmen. Sollten sie bei Ueberschreitung der Dardanellen von den Alliierten beschossen werden, so werden sie ohne Zögern das Feuer erwidern. Die Kemalisten seien aber bereit, die Frage von Thrazien einer Volksabstimmung zu unterziehen.

Rückzug aus der neutralen Zone.

London, 25. Sept. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, soll sich die türkische Kavallerie, die in die neutrale Zone eingedrungen war, ohne Zwischenfall zurückgezogen haben.

Konstantinopel in Erwartung.

London, 25. Sept. (Drahtber.) Reuter meldet aus Konstantinopel, daß Kemal Pascha ein Glückwunschtelegramm des Sultans unbeantwortet gelassen habe. Eine Anzahl angesehener liberaler Türken verlassen Konstantinopel trotz der Versicherung, daß die allgemeine Amnestie auf Grund der Friedensbedingungen erfolgen werde. Verschiedene türkische Prinzen und Prinzessinnen haben von den Alliierten die Erlaubnis erhalten, Konstantinopel zu verlassen, da sie wegen ihrer England freundschaftlichen Haltung Befürchtungen für ihr Leben haben.

Die Wirkung der Pariser Entscheidung in Griechenland.

t. **Athen**, 25. Sept. (Drahtber.) Die Pariser Entscheidung hat in Athen einen äußerst schmerzlichen Eindruck hervorgerufen. Der Verlust Thraziens und Adrianopels wird in Griechenland viel stärker empfunden als der Verlust Kleinasiens. Der griechische Ministerrat ist bereits in der Nacht zum Sonntag zur Besprechung der Lage zusammengetreten. Wie verlautet, soll er eine hervorragende griechische Persönlichkeit im Ausland mit der Vertretung der Rechte Thraziens bei den Ententeregierungen beauftragt haben. Die griechischen Blätter sprechen auch von der Möglichkeit der Ergreifung weitgehender Maßnahmen zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Griechenland und der Entente. Die griechische Regierung hat die Nationalversammlung auf 2. Oktober einberufen.

Belagerungszustand in Griechenland.

London, 25. Sept. Nach einer Athener Meldung der „Daily Mail" soll das Kabinett beschlossen haben, über ganz Griechenland den Belagerungszustand zu verhängen und in Thrazien die vier letzten Jahresklassen unter die Fahnen zu berufen.

Kämpfe um die Regierung in Sofia.

Paris, 25. Sept. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Konstantinopel wurde über Sofia der Belagerungszustand verhängt infolge von Kämpfen, die sich am Freitag und Samstag in der Stadt abgespielt hatten, wobei 50 Personen getötet und 100 verletzt wurden. Verschiedene Abgeordnete und Parteiführer befinden sich unter den Opfern. Der Führer der Oppositionspartei ist verhaftet worden.

Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Blätter, daß die früheren Minister, die wegen Deutschfreundlichkeit vor einen Staatsgerichtshof gestellt wurden, aus der Haft entlassen worden seien. Offenbar geschah dies unter dem Druck der Oeffentlichkeit.

Auch die Russen wollen mitreden.

w. **London**, 25. Sept. In einer Unterredung mit dem Moskauer Berichterstatter der „Daily Mail" wies der Kommissar des Aeußern, Karachan, darauf hin, daß in einem in den russischen Archiven befindlichen, während des Krieges abgeschlossenen Geheimvertrag die Mächte Rußland vollständige Souveränität über Konstantinopel und die Meerengen versprochen haben. Rußland verlange keine derartige Souveränität, wolle jedoch seine Interessen anerkannt sehen. Es würde keine Lösung der Frage ohne seine Teilnahme dulden.

*

Maschinen statt Viehlieferungen.

Berlin, 25. Sept. (Drahtber.) Die deutsche Regierung richtete an die Belgrader Regierung eine Note, in der auf die ernsten Folgen weiterer Viehlieferungen an Serbien für die Ernährung des deutschen Volkes hingewiesen und die Bereitwilligkeit ausgedrückt wird, Verhandlungen wegen Fertigstellung einer entsprechenden Menge von Maschinen vorwiegend für die Landwirtschaft zu beginnen, die an Stelle des restlichen Teiles des Viehkontingents überwiesen werden sollen. Die deutsche Regierung ersucht die serbische Regierung, im Falle der Annahme des deutschen Angebotes die Reparationskommission von dem getroffenen Uebereinkommen in Kenntnis zu setzen. Das Kabinett Pasitsch hat beschlossen, das Angebot der deutschen Regierung anzunehmen.

Deutsch-französisches Sachlieferungsabkommen.

Paris, 25. Sept. (Drahtber.) Wie die Agence Havas erfährt, wird der Aktionsausschuß für die zerstörten Gebiete in seiner Sitzung am Sonnabend die Berichte seines Generalsekretärs und seiner Vertreter, die in Köln mit den Vertretern sozialer Baubetriebe verhandelt haben, mit den deutschen Verbänden abzuschließende Abkommen über Sachlieferungen festlegen. Der Entwurf eines deutschen Abkommens ist von den französischen und deutschen Vertretern ausgearbeitet worden. Seine Unterzeichnung soll am 8. Oktober in Berlin stattfinden.

Die Zollerhöhungen.

Berlin, 25. Sept. (Drahtber.) Der Reichsrat hielt heute eine Sitzung ab, die in der Hauptsache der Beratung des Entwurfes einer Verordnung über Zollerhöhungen gewidmet war. Die Prohibitivzölle für gewisse Luxusartikel erfuhren eine abermalige Erhöhung von 50%. Betr. den Tabakzoll auf Rohtabak erwarten die Ausschüsse des Reichsrates von der Regierung daß sie eine besondere Vorlage an den Reichsrat richtet, damit die Angelegenheit gründlich geprüft werden kann.

Eine ernste Gefahr.

Vor einigen Tagen hat Herr Hannotaux, der Vertreter Frankreichs beim Völkerbunde, auf dessen letzter Versammlung in Genf die Einverleibung Danzigs in den polnischen Staat mit dürren Worten gefordert. Mit dieser offenen und offiziellen Stellungnahme Frankreichs für die seit langem wohlbekannten polnischen Raubpläne ist die Danziger Frage — ein Jammer, daß es überhaupt eine solche gibt — in ein gefährliches Stadium gelangt, um so gefährlicher, als nun die polnische Presse, ermuntert durch die Rückensteifung seitens des Verbündeten Frankreichs, einen neuen wesentlich verstärkten Feldzug gegen die Souveränität und staatliche Freiheit des deutschen Danzig eröffnet hat. Folgende in den letzten Tagen neu eingegangene Meldungen sprechen eine deutliche und die Absichten des polnischen Chauvinismus nur zu sehr entschleiernde Sprache:

Französische Militärintervention in Danzig verlangt.

Die Posener Presse läßt keinen Tag vorübergehen, ohne gegen Danzig die heftigsten Angriffe zu erheben. Es wird immer offenbarer, daß es sich um einen anscheinend amtlich inspirierten Pressefeldzug handelt mit dem Endziel, Danzig den Charakter als Freistaat zu nehmen und unter die polnische Oberhoheit zu bringen. „Kurjer Poznanski" geht sogar soweit, unter tendenziöser Ausschlachtung der Schlägerei in Danzig zu fordern: Da der Senat machtlos ist, muß Polen eingreifen und bewaffnete Macht in Danzig genug besitzen, um fernere Unruhen zu vereinteln. Die polnische Regierung muß eine energische Untersuchung des Vorfalls und Bestrafung der Schuldigen verlangen. Die französische Armee steht so hoch in den Augen der Polen und wird von ihnen so sehr geliebt, daß eine Beleidigung derselben von Polen niemals gelitten werden darf. Wenn die Regierung nicht sofort energisch gegen Danzig vorgeht, dann wird das polnische Volk selbst Repressalien gegen Danzig anwenden."

Die Meldungen Warschauer Blätter über Zuteilung der Danziger Werft an Danzig sind falsch. Eine englische und eine französische Finanzgruppe sollen die Werft finanzieren. In den nächsten Tagen kommt die englische Gruppe nach Danzig. Es kann also keine Rede davon sein, daß der Stinneskonzern die Engländer aus dem Feld geschlagen hat.

„Gazeta Gdanska" meldet die beabsichtigte Gründung einer polnischen Volkshochschule in Danzig. Diese soll in kürzester Zeit eröffnet werden. Allein von dem Domänenpächter in Lappin, Glowaski, sollen soviel Mittel gestiftet worden sein, daß die Schule davon in den ersten Monaten bestehen könnte. Bezeichnend ist, daß das Blatt auch diese Gründung als „Polnischen Vorposten" und „Ziegelstein zum Bau des Glückes und der Größe des polnischen Volkes" bezeichnet.

Das Kuratorium der „Universität" wird gebildet von dem Chefredakteur der „Gazeta Gdanska", Zabowski, Direktor Mondry, Redakteur Bourdon und Pietrzyck, der die Leitung übernehmen soll.

Der Korrespondent des „Kurjer Poranny" drahtet seinem Blatt aus Genf, daß Askenasy sich gegen jegliche Befreiung Danzigs von den Reparationszahlungen gewendet habe. Polen sei bereit, alle deutschen Staatsgüter, die die freie Stadt nicht kaufen könne, zu übernehmen und werde nicht dulden, daß Danzig betreffs der Finanzierung dieser Unternehmungen mit Deutschland verhandele.

Ministerpräsident Nowaks Wünsche für Danzig.

Der Warschauer Vertreter der „Danziger Neuesten Nachrichten" hatte eine Unterredung mit dem polnischen Ministerpräsidenten Nowak, in der dieser ihm in allgemeinen Worten die Richtlinien der polnischen Politik gegenüber Danzig schilderte. Charakteristisch ist dabei, daß der Ministerpräsident die friedliche Stimmung Polens gegenüber Danzig betont, an dessen guter Entwicklung Polen viel gelegen sei. In der Praxis wurde bisher von amtlichen Stellen genau die gegenteilige Politik getrieben. Der Ministerpräsident meinte dann, daß die Danziger Befürchtungen von Angriffen auf seine Souveränität nur aus einer starken Empfindlichkeit entsprängen. Es fühle Angriffe auf seine Selbständigkeit dort, wo nur die Konsequenzen seines engen Zusammenlebens mit einem großen Staat auftreten. Schließlich sagte der Ministerpräsident noch folgendes: Die Politik der polnischen Regierung ist in vollem Maße versöhnlich. Sie achtet den Unabhängigkeitsgeist der Danziger und benutzt jede Möglichkeit des Kompromisses gern.

„Kurjer Warzawski" beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit dem Danziger Hafen und meint, daß Polen für den kostspieligen Ausbau des Hafens keinen Pfennig aufwenden dürfe. Das Geld dürfe nur für einen eigenen Hafen ausgegeben werden. Die polenfeindliche Politik Danzigs sei schon einmal die Ursache des Ver-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

falls des polnischen Reiches gewesen. Die jetzige Politik Danzigs sei wieder polenfeindlich. Es sei daher ein Verbrechen, das Handelsmonopol Danzigs auf Kosten des polnischen Handels und der Industrie zu stärken. Das Blatt stellt folgende Leitsätze auf: 1. Keinen Pfennig für den Danziger Hafen, 2. keine polnische Industrie in Danzig, 3. die Höhe des Hafenzolles spielt keine Rolle, 4. alle Bemühungen müssen dahin gerichtet werden, Polen dem Monopol Danzigs zu entziehen.

Der Friedensvorschlag an die Türkei.

Der amtliche Wortlaut der Note.

Paris, 25. Sept. Wie die Agence Havas mitteilt, lautet der Text der Einladung an die Regierung von Angora, über den sich Curzon, Sforza und Poincaré geeinigt haben, folgendermaßen:

Die drei alliierten Regierungen bitten die Regierung von Angora, sie wissen zu lassen, ob sie geneigt ist, unverzüglich einen Vertreter zu einer Zusammenkunft zu entsenden, die in Venedig oder anderswo stattfinden soll und zu der mit den Vertretern der Türkei gleichzeitig Bevollmächtigte Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans, Rumäniens, Jugoslawiens und Griechenlands eingeladen würden. Die Versammlung hätte das Ziel, über einen endgültigen Friedensvertrag zwischen der Türkei, Griechenland und den alliierten Mächten zu verhandeln und ihn abzuschließen.

Die alliierten Regierungen ergreifen diese Gelegenheit, um zu erklären, daß sie dem Wunsche der Türkei, Thrazien bis zur Maritza und Adrianopel wiederzuerhalten, günstig gegenüberstehen. Die drei Regierungen werden auf der Konferenz die Zuteilung dieser Grenze an die Türkei unterstützen, wobei vorausgesetzt wird, daß in dem Vertrag Maßregeln getroffen werden durch Entmilitarisierung gewisser, noch zu bestimmender Zonen, im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens und um schließlich unter den Auspizien des Völkerbundes in bisheriger Weise die Freiheit der Dardanellen, des Marmarameeres und des Bosporus, sowie den Schutz der Rassen und religiösen Minderheiten sicherzustellen.

Die drei Regierungen werden die Zulassung der Türkei zum Völkerbund unterstützen. Sie sind sich einig darüber, die schon im März dieses Jahres gegebene Zusicherung zu erneuern, daß die alliierten Truppen aus Konstinopel zurückgezogen werden, sobald der Friedensvertrag in Kraft getreten ist.

Die drei alliierten Regierungen werden ihren Einfluß aufwenden, um vor der Eröffnung der Friedenskonferenz den Rückzug der griechischen Streitkräfte auf eine Linie durchzusetzen, die durch die alliierten Generale im Einverständnis mit den türkischen und griechischen Militärbehörden festgesetzt wird. Als Gegenleistung für diese Intervention wird die Regierung von Angora sich verpflichten, weder vor, noch während der Friedenskonferenz Truppen in die Zonen zu entsenden, die vorläufig für neutral erklärt worden sind, und weder die Dardanellen noch das Marmarameer zu überschreiten. Um die Linie, von der oben die Rede ist, zu bestimmen, könnte sofort eine Zusammenkunft zwischen Mustapha Kemal und den alliierten Generalen stattfinden.

Lloyd George sein „Austerlitz"

so überschreibt die „Morning Post" vom 12. September einen Leiter, um die Katastrophe vor Augen zu stellen, die Lloyd George durch seine ebenso unsinnige als eigenmächtige Orientpolitik herbeigeführt habe. Auf die völlige Vernichtung der Türkei gerichtet, habe er diese nur zu neuem Leben erweckt. Indem er die Griechen ermutigte, auf Angora zu marschieren, traute er ihnen mehr zu, als wozu deren Kräfte reichten. Das Ergebnis sei, daß England vor dem Türken die Waffe strecken oder gewärtig sein müsse, daß dieser die ganze mohammedanische Welt gegen England ins Feld bringe. Aus der verhängnisvollen Lage, die das englische Weltreich in Frage stelle, gebe es keinen anderen Ausweg, als daß man mit Frankreich und Italien, die bereits erklärt haben, den Waffengang gegen die Türkei nicht mitmachen zu wollen, sich zu verständigen und dem Türken Konstantinopel und Thrazien einzuräumen.

Wie aber will jener Lloyd George das Segel derart umstellen, der am 5. Januar 1920 vor versammeltem Parlament feierlich erklärt hat: „Wir kämpfen nicht, um der Türkei ihre Hauptstadt oder die reichen und berühmten Lande in Kleinasien und Thrazien zu entreißen, die überwiegend der türkischen Rasse gehören."

Schon gärt es bedenklich in Palästina und Mesopotamien, sind die Araber allesamt im Begriffe, das englische Joch abzuschütteln und haben die 70 Millionen Mohammedaner in englisch Indien durch ihre Vertreter im indischen Parlament mittels Drahtung an Lloyd George und den Vizekönig verkündet, daß es für sie, wenn nicht England den Türken befriedige und sich mit ihm einige, keinen Frieden gebe!

Die „Morning Post" verlangt, daß Lloyd George so schnell wie möglich abtrete. Sollten indes nicht vor allem Winston Churchill und wohl auch Lord Curzon für die Räumung von Konstantinopel und die Preisgabe der Dardanellen und dies vor dem Schwerte Mustapha Kemals nicht zu haben sein? Die ganze Koalitions-Regierung, wie sie Lloyd George zusammengebracht hat, steht und fällt mit ihm.

Ob der so in die Bedrängnis Geratene nicht auch für die „Lösung" der türkischen Frage seine Zuflucht nehmen wird zum — Völkerbund?

Zur Notiz für auswärtige Regierungen.

Die bedeutendste und wichtigste Resolution der Arbeiterparteikonferenz in Edinburg war, daß die Partei endgültig erklärte, daß sie, wenn sie als Regierung in England zur Macht gelange, sich nicht an Einzelverträge oder militärische Abkommen ihrer Vorgänger gebunden halten würde. Diese Resolution ist einstimmig angenommen worden und bringt den festen Entschluß der Partei zum Ausdruck. Es sei höchst wichtig, daß die auswärtigen Regierungen dies gründlich begreifen, damit sie sich nicht der Illusion hingeben, daß ein Separatabkommen mit der Regierung Lloyd Georges eine bindende Verpflichtung für deren Nachfolger sein würde, falls dieser Nachfolger eine Arbeiterregierung ist; und daß die Arbeiterpartei sich nicht nur unerschütterlich der Idee solcher Separatabkommen widersetzt, sondern gewillt ist, ihre Ausführung zu verweigern. Denn sie ist davon überzeugt, daß solche Verträge, anstatt den Frieden zu garantieren, vielmehr dazu bestimmt sind, Kriege herbeizuführen und sie will daher nichts mit ihnen zu tun haben, weder jetzt, noch in Zukunft.

England und Aegypten.

In Aegypten scheint die englische Regierung das ganze politische Problem dem Höchstkommandierenden überlassen zu haben. Das Land steht unter den Kriegsgesetzen und man macht kaltblütig den Versuch, den Geist des Nationalismus zu erdrosseln, der, wie Lord Milner sagte, jeden Aegypter, der seines Salzes wert wäre, erfülle. Die Gebote der Menschlichkeit werden ignoriert; vielleicht läßt sich das Volk zu dumpfer Unterwerfung niederbeugen. Aber um welchen Preis! Selbst jetzt, wenn diese Schreckensherrschaft beendigt und die Versprechungen, die man Aegypten machte, erfüllt würden wäre es noch nicht zu spät, um einen Vertrag abzuschließen, der einerseits die britische Sicherheit und andererseits die ägyptische Freiheit garantieren würde. Bald wird es unmöglich sein.

Deutsches Reich

Die Wünsche der höheren Beamten.

Berlin, 25. Sept. Der Reichsbund der höheren Beamten, die Spitzenorganisation der höheren Beamtenschaft Deutschlands hat, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zufolge, der Reichsregierung seine Wünsche für die Neuregelung der Gehälter unterbreitet. Der Reichsbund weist darauf hin, daß bei der gegenwärtigen Besoldung die höheren Beamten ein weit geringeres Einkommen erreichen als die Angehörigen der übrigen Besoldungsgruppen und daß bei einer entsprechenden Festsetzung der Grundgehälter den höheren Beamten der an sich notwendige Ausgleich für höhere Vorbildung, Leistung und Verantwortung noch nicht geboten wurde.

Vom Bund der Kinderreichen.

Berlin, 25. Sept. Der Bund der Kinderreichen von Berlin veranstaltete gestern eine Massenkundgebung, an der Vertreter aus allen deutschen Gauen teilnahmen und forderte einmütig sofortige wirksame Maßnahmen der Behörden. Verschiedene Ministerien hatten Vertreter entsandt.

Von der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 25. Sept. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat am Sonntag in Breslau eine Sitzung abgehalten. In einer Entschließung fordert der Zentralvorstand zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit andern bürgerlichen Parteien auf, um nach dem Zusammenschluß der Sozialdemokratie das Gleichgewicht im Parlament wieder herzustellen. Eine andere Entschließung wendet sich gegen die Art der Anwendung des Gesetzes zum Schutz der Republik und dringt auf baldige Abschaffung des Gesetzes. Eine dritte Entschließung befaßt sich mit wirtschaftlichen Dingen: mit dem Handel mit fremden Geldsorten, mit der Wuchergesetzgebung, mit der Einschränkung der Einfuhr von Luxusartikeln, mit der Erhaltung der deutschen Mark usw. und ferner mit der Unterstützung der Sozial- und Kleinrentner.

Zur Verlobung Wilhelms II.

„Allgemeen Handelsblaad" meldet aus Doorn: Im Portiergebäude sind Register ausgelegt für diejenigen, die zur Verlobung des Kaisers gratulieren wollen. Die erste Verlobungsrede ist gestern abend durch den Bürgermeister von Steitz gehalten worden, der den Kaiser und den Kronprinzen schon vor einigen Tagen zum Abendessen eingeladen hatte. Die Bestätigung der Verlobung ist durchaus unerwartet erfolgt, sonst hätte der Kaiser keine Einladung zu diesem Tage angenommen. Weiterhin meldet die Zeitung, daß der Kaiser und der Kronprinz in letzter Zeit häufig bei der Familie Blankenhagen in Steitz erschienen sind. Da diese Familie auf einige Jahre ins Ausland zu gehen beabsichtigt, soll sie während dieser Zeit ihren Landbesitz Kerstwergen dem Kronprinzen zur Verfügung gestellt haben. Da das Haus Doorn für seine Bewohner sehr wenig Platz hat, so wird bereits vom Hofmarschallamt mit zwei Unternehmern und Häuseragenten verhandelt.

Urteile des Reichsfinanzhofs.

Aus dem Gebiete der Abgabenordnung:

Die Verpflichtung zur Abgabe der Steuererklärung trifft auch die Ehefrau, soweit sie steuerbares Vermögen besitzt. Verschweigt die Ehefrau dem Ehemann steuerpflichtiges Vermögen, so hat sie die steuerliche Verantwortung zu tragen. (III A 220/21.)

Aus dem Gebiete des Reichsnotopfers:

Die Förderung der Pferderennen und der Pferdezucht in Deutschland ist als gemeinnütziger Zweck anzuerkennen. (I A 47/22.)

Parteipolitische oder auf die Bekämpfung anderer Bekenntnisformen gerichtete konfessionelle Bestrebungen sowie die Werbung für den Gedanken der Feuerbestattung können nicht als gemeinnützig anerkannt werden. (I A 225/21.)

Aus dem Gebiet der Umsatzsteuer:

Ein Verein, der eine an ihn adressierte Warensendung von der Bahn in Empfang nimmt und von dort aus an die Besteller verteilt, erwirbt an der Ware den unmittelbaren Besitz, so daß Steuerbefreiung nach § 7 U. St. G. ausscheidet. (V A 305/22 und V A 327/22.)

§ 7 (Umsatzsteuerfreiheit) findet auf Leistungen aus Werkverträgen keine Anwendung (V A 269/21.)

Sittenwidrige Rechtsgeschäfte wenden die Steuerpflicht nicht ab. (VI A 14/22).

Verschiedene Drahtmeldungen

Aus der Deutschnationalen Volkspartei.

w. **Berlin**, 25. Sept. (Drahtber.) Die Deutschnationale Volkspartei teilt mit: Der Bruder des Abgeordneten Henning hat an den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister Hergt, ein Schreiben gerichtet, in dem er die Haltung, die der Fall in der Partei gefunden hat, zum Anlaß nimmt, um schwerste Ehrenkränkungen gegen den Staatsminister Hergt auszusprechen. Staatsminister Hergt hat sofort geeignete Schritte getan, um das Vorgehen des Briefschreibers der strafrechtlichen Aburteilung zuzuführen.

Zur Vereinigung in der Sozialdemokratie.

Berlin, 25. Sept. (Drahtber.) Den Blättern zufolge sind auch Adolf Hofmann und Dr. Rosenfeld der Vereinigten sozialistischen Partei Deutschlands beigetreten. — Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Kundgebung der Leitung der neuen Partei an die Wähler. Nach den üblichen, schönen Redewendungen von Freiheit und ähnlichen hübschen Dingen, die es heute bekanntlich weniger als je gibt; fordert die Kundgebung auf, der neuen Partei die Treue zu halten.

Schaffung eines nordeuropäischen Luftverkehrsnetzes.

t. **Paris**, 25. Sept. Die „Daily Mail" meldet, daß Bestrebungen zur Schaffung eines ausgedehnten Luftverkehrsnetzes im Gange seien, das sich über ganz Nordeuropa erstrecken soll. Den Anlaß hierzu habe das günstige Ergebnis der jüngsten Eilflüge von London nach Berlin und zurück gegeben, wobei die Strecke Hamburg-London in weniger als fünf Stunden zurückgelegt wurde. Gegenwärtig werden zwischen der Daimler Luftfahrtgesellschaft und deutschen Luftreederei, hinter der die Hamburg-Amerika-Dampfschiffahrtgesellschaft steht und zwischen der Royal-Dutch und einem dänischen Transportunternehmen Verhandlungen geführt. Das neue Luftverkehrsnetz soll es ermöglichen, die Verbindung zwischen Berlin, London und Kopenhagen in einem Tage herzustellen.

Hindenburgs Abschied von Bayern.

t. **München**, 25. Sept. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat gestern nachmittag nach mehr als einmonatigem Aufenthalt Bayern verlassen. Zur Verabschiedung hatten sich u. a. auf dem Bahnhof Regierungspräsident a. D. Dr. v. Kahr, General v. Ludendorff, Generaloberst Graf v. Bothner, General Epp, Polizeipräsident Stortz eingefunden. Hindenburg wurde stürmisch begrüßt. Der Salonwagen trug eine mit Eichenlaub umkränzte Tafel, die in den bayerischen Farben die Inschrift trug: „Behüt Dich Gott, Auf Wiedersehen!"

Das Eiltempo der Tariferhöhungen.

Berlin, 25. Sept. (Drahtber.) Der Magistrat unterbreitete der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage auf Erhöhung des Straßenbahntarifes auf 15 Mk.

Musik des Mittelalters.

I.

Die Badische Kunsthalle wartet im Rahmen der „Karlsruher Herbstwoche" mit einer Veranstaltung auf, die, abgesehen davon, daß sie an sich einen auserlesenen Genuß bereitet, daß sie eine Feinkost für den verwöhntesten Aestheten ist, von besonders großer Bedeutung für das ganze deutsche Kunstleben ist. Die Musik des Mittelalters, das bedeutet, die des 11. bis 13. Jahrhunderts, war bislang für das allgemeine Publikum lediglich eine historische Tatsache, über die wohl in irgend einer Musikgeschichte zu lesen war, — eine praktische Vorstellung davon konnte sich aber nur der wissenschaftlich Gebildete oder jener, der einmal das Glück hatte, etwa im Kloster Beuron eine Messe mit anzuhören, machen. Zum ersten Male überhaupt werden in Deutschland öffentliche Proben dieser alten Musik gegeben, die allerdings so wenig mit unserm heutigen Musikempfinden verwandt ist, daß der außergewöhnliche äußere Rahmen unumgänglich nötig wird, um dem Laien das Sicheinstellen auf die Wesensart dieser Musik überhaupt möglich zu machen. Nur dann, wenn man ganz in dem Zeitgeist der Gotik untergetaucht ist, werden die alten Melodien zu einem sprechen können. Deshalb die altdeutschen Bilder an den Wunden, deshalb zwischen den Gesängen gelesene Dichtungen jener Zeiten — auf dem Wege der Stimmung, des Gefühls also soll man dieser alten Kunst nahe kommen. Der Vortrag, den Professor Gurlitt, der Leiter des musikwissenschaftlichen Instituts in Freiburg, zur Einführung hielt, bewies, daß mehr noch das Wissen über Entwicklung und Eigenart der Musik des gotischen Zeitalters die Fühlung herstellen konnte.

In scharfumrissener Art stellte Professor Gurlitt, nachdem er kurz der geschichtlichen Entwicklung der gotischen Musik und ihrer Wiedererweckung, die in der Hauptsache von Frankreich ausging, gedacht hatte, die verschiedenen Typen der Musikäußerung jener frühen Jahrhunderte vor das geistige Ohr und Auge der Zuhörer. Die drei großen Sphären, in denen sich jene Musik gliederte, vor allem inhaltlich, dann aber auch formal zu erklären, darin sah der Redner seine Hauptaufgabe. Die oberste, vornehmste Sphäre bestand in der „Musica ecclesiastica", eine Kunst, die sich lediglich auf sakralem Boden bewegte und die die innerlich wertvollste ist. Ihre Hauptstütze ist der „Gregorianische Choral", heute noch in den Liturgien des katholischen Gottesdienstes lebendig. Das Wesen des Gregorianischen Chorals kennzeichnet sich durch seine Einstimmigkeit; sein Leben liegt im reinen Bewegungsausdruck der einzelnen Linie. Seine Schönheit zu verstehen, bedingt ein lineares Hören, ein Ausschalten jeglichen harmonischen Denkens. Die zweite Gattung, die Musica composita, hat die Mehr-, zunächst die Zweistimmigkeit zum Zeichen. Auch sie ist noch eine sakrale Kunst, allein nicht mehr im Sinne des Sichselbstverleugnens, nur dem Lobe des Höchsten geltend (wie der Gregorianische Choral), sondern sie bringt ästhetische Werte mit hinein, sie will Klangschönheit, die das Ohr und damit den Menschen erfreuen soll. Ihre Form ist das Organum, d. h. das Singen über einen gegebenen cantus firmus; derjenige, der diese Kunst beherrschte ehe die Mensuralnotenschrift erfunden war, wurde sie improvisiert geübt), hieß Organiste.

Wurde die Musica ecclesiastica nur in der Kirche von Klerikern ausgeführt (ihre Wirkung war trotzdem eine universale), so wurde die Musica composita zu einer Liebhaber-Beschäftigung der Reichen und Gebildeten. Das Zusammenklingen von Tönen war das Ziel, auch noch nicht im harmonischen Sinne; die Oktaven-, Quinten- und Sextengänge sollen nur zu einer klanglichen Verbreiterung verhelfen. Eine spezielle, bis auf die heutigen Tage sich erhaltende Form nahm aus dem Organum ihren Ursprung: die Motette, die sich historisch aus den Gradualen und Hallelujas der sakralen Kunst entwickelt hat und in der, um einen cantus firmus herum, dem ein liturgischer Text zugrunde liegt, andre Stimmen in irgendwelche Beziehung gebracht werden. Bei den unteren Schichten des Volkes nahm die Musica composita die Form des Ochetus (eine ins Weltliche hinübersplelende Art mit Einführung der Instrumentalmusik) an, die schließlich so sehr in Verflachung und Verzerrung geriet, daß die ganze Musica composita im 14. Jahrhundert aus der Kirche verbannt wurde.

Die dritte Sphäre der gotischen Musik tritt unter dem Titel Musica vulgaris auf. Ihre Devise will sein: „das angeborene Unglück der Menschen zu mildern". Ihre Verkünder sind die Spielleute und die Weltmusiker. Ihre Werte sind körpersinnlicher Natur, ihre Quellen die menschlichen Leidenschaften. Ihre unterste Form, aber auch ihre echteste, ist der Tanz, der sich wiederum in zwei Abteilungen, dem Reigen (dem ästhetischen) und dem Hupftanz (dem vitalen) scheidet. Da inzwischen aus dem Osten allerhand Instrumente, Saiten- und Blasinstrumente, eingeführt worden waren, so lassen sich die Tänze vorzüglich durch solche begleiten und zwar so, daß der vornehme Reigen, der Dux, mit Saiten-, der vulgäre Hopfer, der Stantipes, mit Blasinstrumenten ausgeschmückt wurde.

Als dann der große Zusammenbruch des Mittelalters kam und die Renaissance und damit eine Verwischung aller strengen Grenzen begann, bahnten sich auch diese untergeordneten Formen der musikalischen Kunst immer mehr den Weg nach oben und durchsetzten die kirchliche Kunst mit den Weisen der Musica vulgaris. Das wurde dann zur Geburtsstunde des protestantischen Chorals. Luther selbst hat unbedenklich weltliche Melodien zu protestantischen Kirchenliedern eingekleidet; wer sollte denken, daß der ergreifendste aller Choräle das von Bach in seiner Mathäuspassion verherrlichte „O Haupt voll Blut und Wunden" nichts anderes als ein Liebesgesang, der Musica vulgaris entstammend, ist.

Die erste Vorführung, die der „Musica ecclesiastica" gewidmet war, brachte Bruchteile des Gregorianischen Chorals. Das Graduale vom Gründonnerstag sprach am intensivsten zu uns Heutigen; der Ausdruck dieser weitgeschwungenen Melodik konnte auch von dem modern Empfindenden erfühlt werden. Ein Pfingst-Halleluja, ein Marianisches Schlußantiphon, ein Salve regina, ein Introitus konnten trotz der Gleichförmigkeit der Linie an sich dem aufmerksamen Hörer feine Unterschiede des Ausdrucks gewahr werden lassen. Zwischen den Gesängen wurden teils altdeutsche, teils aus dem Lateinischen übersetzte Dichtungen sakralen Inhalts verlesen. Wer der Sprecher war, entzieht sich meiner Kenntnis, die Gesänge wurden von Schülern des musikwissenschaftlichen Instituts in Freiburg mit einem Pater des Klosters Maria Laach als Vorsänger ausgeführt. mt.

Literatur

Die zerstörten Gebiete. Sabotage des Wiederaufbaus durch die französische Regierung. Süddeutsche Monatshefte, München, Septemberheft.

Die Frage der Zerstörung Nordfrankreichs im Weltkriege und seines Wiederaufbaues ist ein Problem, das auch heute noch die ganze Welt und unser Finanz- und Wirtschaftsleben in höchster Spannung erhält. Das Abkommen zwischen dem deutschen Großindustriellen H. Stinnes und dem Herrn de Lubersac, als dem Vertreter der zerstörten Gebiete, hat die deutschen Verpflichtungen soweit sie im Rahmen der Reparationen den Wiederaufbau betreffen, wieder in den Vordergrund geschoben. Deshalb kommt wohl selten eine Schrift so im rechten Augenblick, wie das neueste, soeben erschienene Heft der „Süddeutschen Monatshefte", das unter den Titeln „Das zerstörte Gebiet" und „Sabotage des Wiederaufbaues durch die französische Regierung" ein fast lückenloses Material zur französischen Wiederaufbaupolitik liefert und uns verständlich erscheinen läßt, warum die Bewohner der zerstörten Gebiete die längst dargebotene deutsche Hand jetzt ergriffen haben. Diese verdienstvollen Untersuchungen und Darstellungen reihen sich der Aufklärungsarbeit an, die der Herausgeber der angesehenen Monatsschrift nun seit Jahren mit Erfolg leistet.

Cäsar. Von Oberst a. D. Dr. G. Veith. 2. gänzlich neu bearbeitete Auflage. 186 Seiten. (Wissenschaft und Bildung, Band 75.) Preis gebunden Mk. 24.—. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 1922.

Wie in einem Roman entrollt sich vor uns Cäsars Heldentum und seine Tragik. Wir verfolgen seine politischen Anfänge im Kreise Catilinas, sein rasches Emporkommen bis zum Konsulat, begleiten ihn auf seinen genialen Feldzügen in Gallien, bei seinen Kämpfen um die Herrschaft gegen Pompejus, in den Kämpfen um Aegypten an der Seite Kleopatras und sehen ihn dann in seinem Wirken auf dem Gipfel der Macht bis zu seinem Tode unter den Dolchen seiner Mörder. Die neue Auflage ist unter Verwertung der neuesten Literatur von Grund auf umgearbeitet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Gehaltszahlung für Oktober oder 4. Vierteljahr 1922.

Man schreibt uns:

Am 1. August d. J. sind bekanntlich die Ermäßigungssätze beim Steuerabzug geändert worden. Bei der Berechnung und Zahlung der Besoldungsbezüge für die Monate August und September (die schon vor dem Bekanntwerden der Aenderung bewirkt worden ist) wurden noch die bis 31. Juli 1922 geltenden Sätze angewandt. Es muß deshalb ein Ausgleich nachträglich stattfinden. Dieser erfolgt nach Anordnung des Finanzministeriums bei der Zahlung auf Oktober d. J., die, soweit es sich um die Landeshauptkasse handelt, in den letzten Tagen geleistet worden ist.

Die Ermäßigungssätze (Freiteile) beim Steuerabzug sind festgesetzt:

	monatlich bis 31. Juli	ab 1. Aug.	Unterschied
a) für den Ehemann	20 M	40 M	20 M
b) für die Ehefrau	20 M	40 M	20 M
c) für das Kind	30 M	80 M	50 M
d) für Werbungskosten	45 M	90 M	45 M
	zus. 115 M	zus. 250 M	135 M

Bei einem verheirateten Beamten mit drei minderjährigen Kindern und einem Vierteljahrsbezug von beispielsweise 25 000 M wird demnach folgende Regulierung des Steuerabzugs auf 1. Oktober einzutreten haben:

10 % Steuer aus 25 000 M = 2500 M

Davon sind frei

A. für 1.10. bis 31.12.22 (3 Monate)

für Mann	3×40 =	120 M
für Frau	3×40 =	120 M
für 3 Kinder	3×3×80 =	720 M
für Werbungskosten	3×90 =	270 M
	zus.	1230 M

B. Außerdem noch zur Regelung des oben beschriebenen Ausgleiches für August und September (2 Monate)

für Mann	2×20 =	40 M
für Frau	2×20 =	40 M
für 3 Kinder	3×2×50 =	300 M
für Werbungskosten	2×45 =	90 M
	zus.	470 M

A und B im Ganzen 1700 M

Verbleibt also reiner Steuerabzug nur 800 M

Im allgemeinen wird bei dieser Zahlung für Oktober der Ausgleich des Unterschieds zwischen neuen und früheren Steuerermäßigungssätzen endgültig sein. Es kann aber auch vorkommen (bei Beamten niederer Besoldungsgruppen und starkem Familienstande), daß die anzurechnenden Freiteile den zehnprozentigen Abzug noch übersteigen, dann wird der Rest eben bei einer späteren Zahlung gutgeschrieben werden.

Badische Politik

Badische Bürgermeistertagung.

t. **Badenweiler**, 25. Sept. (Drahtber.) Die Hauptversammlung des Vereins badischer Bürgermeister und des Badischen Gemeindeverbandes tagte am Samstag und Sonntag hier. Am Samstag nachmittag fand zunächst die Tagung des Vereins badischer Bürgermeister im Kursaal statt, die durch den Vorsitzenden, Bürgermeister Koch-Seckenheim, eröffnet wurde. Die Beratungen bezogen sich auf eine Eingabe des Vereins und legten die Stellung der Bürgermeister zur Gemeindeordnung und zum Fürsorgegesetz dar. Als nächster Tagungsort wurde Mingolsheim festgelegt. Abends fand im Kurhaus ein Bankett statt, bei dem Bürgermeister Zöllin-Baden, Bürgermeister Koch-Seckenheim, Bürgermeister Gugelmeier-Lörrach und Bürgermeister Julier-Mingolsheim Ansprachen hielten.

Am Sonntag morgen fand dann anschließend an eine Besprechung der Bezirksvorstände im Kurhaus die ordentliche Hauptversammlung der Gemeindeverbände statt, an der auch Minister Remmele als Vertreter der Regierung, Bürgermeister Hämmerle-Müllheim als Vertreter des badischen Städtebundes, sowie ein Vertreter des Arbeitsministeriums, des Landbundes, der Deutschnationalen Volkspartei, des bayerischen und württembergischen Gemeindeverbandes, des Zentralverbandes badischer Gemeindebeamten und des Waldbesitzerverbandes teilnahmen.

Minister Remmele erklärte in seiner Rede, daß er gerne die Anregungen und Wünsche der Gemeindevertreter entgegennehme, die, wenn erfüllbar, von der Regierung berücksichtigt würden. Er sprach den Gemeinden für die zur Linderung der wirtschaftlichen Not gemachten Anstrengungen volle Anerkennung aus und schloß mit dem Wunsche, daß die Versammlung einen guten Verlauf nehmen möge. Ein Begriff von der Vielseitigkeit des Verbandes gab der Tätigkeitsbericht, der sich u. a. mit folgenden Punkten befaßte: Steuer- und Gemeindefinanzen, Wohnungs- und Schulwesen, Beamten- und Wohlfahrtswesen. Um die Gemeindefinanzen wieder in Ordnung zu bringen, soll danach getrachtet werden, die frühere Steuerfreiheit wieder zu erlangen. Die Umsatzsteuer soll wesentlich erhöht werden. Zuschüsse zur Beamtenbesoldung sollen durch das Reich bezahlt werden. Ferner soll die Abschlagszahlung vom Reich aus der Einkommensteuer schneller als bisher erfolgen. Die Zahlung aus den Lastenausgleichsfonds soll prozentual auf Großstädte und Landgemeinden verteilt werden. Die Gelder aus Forststrafen sollen ganz in die Gemeindekassen fließen. Was das Wohnungselend angeht, so wurde betont, daß die Wohnungsverbände sich bis jetzt gut bewährt haben. Die Beteiligung der Gemeinden an der badischen Baubeschaffungsgenossenschaft wird empfohlen. Die Einführung der Gefahrenklasse bei der Feuerversicherung wird abgelehnt. Ferner wurde ein besserer Ausbau des Schulwesens gewünscht und arme Gemeinden sollte der Staat besonders unterstützen. Die Wünsche und Anregungen wurden in einer lebhaften Aussprache eingehend besprochen.

Reden auf dem demokratischen Jugendtag.

Baden-Baden, 25. Sept. In Ergänzung unseres gestrigen Berichtes seien hier noch einige kurze Auszüge aus den Reden bekannter demokratischer Politiker mitgeteilt, die auf dem demokratischen Jugendtag sprachen. Der erste Redner, Minister a. D. Preuß-Berlin führte u. a. aus: Der nationale Gedanke und die demokratische Reichsverfassung sind eng miteinander verbunden. Erst künftige Geschlechter werden es ganz zu würdigen wissen, daß es uns Demokraten im Elend des Zusammenbruchs gelang, die erste wahrhaft nationale Verfassung für Deutschland in Weimar zusammen zu bringen. Wenn Deutschland in der Tat so schuldig wäre, wie das von seinen Feinden behauptet wird — es ist das, wie wir alle wissen, falsch, aber nehmen wir an, es wäre so —, so dürfen wir doch sagen: alles was Deutschland anderen an Schaden zugefügt haben soll, wird durch das vollauf aufgewogen, um was Deutschland seit der Niederlage durch seine Feinde geschädigt worden ist. (Zustimmung.) Deutschland allein ist das Recht der nationalen Selbstbestimmung vorenthalten worden. Das ist ein furchtbares Unrecht. Durch Einigkeit, Recht und Freiheit wird die neue Zeit geschaffen werden. Der deutschen Jugend wird es beschieden sein, dieses Land der Zukunft selbst zu sehen und es zu besitzen, wenn sie versteht, es zu erwerben. In dieser Hinsicht dürfen wir an ein Glück und an einen Wiederaufstieg des Volkes glauben.

Dann sprach noch Staatspräsident Dr. Hummel. Seine Ausführungen lassen sich in folgenden Sätzen zusammenfassen: Die Demokratie ist die Grundlage zur Erhaltung der Einheit. Darin liegt der tiefste Kern ihrer Berechtigung und die Berechtigung der republikanischen Staatsform, die sich das deutsche Volk gegeben hat. Die schwarz-rot-goldenen Farben sollen uns hinüberleuchten in eine bessere und schönere Zukunft. Aufgabe der Demokratie ist es, alle Kräfte des Volkes und der Nation wach zu machen und aufzurufen zum kulturellen Wiederaufbau unseres Volkes. Die deutsche Arbeiterschaft soll eingegliedert werden in das Volksganze und mit zum Wohle unserer Zukunft arbeiten. Die Arbeiterschaft Deutschlands darf den Staat und die Wirtschaft nicht als ihre Feinde ansehen, sondern als die Erhalter des deutschen Lebens und Volkes. Deshalb müssen wir uns bestreben, die Kraft der deutschen Wirtschaft ungeschwächt zu erhalten. Wir wollen die Führer der deutschen Wirtschaft nicht zusammenwerfen mit Schiebern und Hochstaplern. Wir wollen in ihnen das Vertrauen erwecken, daß die Wirtschaftskräfte am besten in der deutsch. Republik gesichert sind. Die deutsche Demokratie muß ihr Aeußerstes hergeben, um die Wissenschaften und Künste zu erhalten, weil sie die geistigen Elemente unseres Wiederaufbaues sind.

Das republikanische Deutschland ist bereit, jede tragbare Last auf seine Schultern zu nehmen, um die Verpflichtungen aus der Vergangenheit abzulösen. Aber wir können keinen sechsten Winter vor Canossa zubringen. (Stürmische Zustimmung.) Die Demokratie reicht die Hand zur Verständigung und zur Versöhnung weit über Deutschland hinaus. Es handelt sich nicht mehr um Reparationen und Sanktionen, sondern es handelt sich um die Erhaltung der europäischen Kultur und des europäischen Staatenlebens.

Wir Alten können nur die Wegbereiter sein, die Jungen müssen erringen was wir vorbereiten. Goldene Berge können wir Euch, Ihr Jungen, nicht versprechen, sondern nur Arbeit und Entsagung.

Mit einem dreifachen Hochruf auf das deutsche Vaterland schloß der Staatspräsident seine Ausführungen, die stürmischen, langen Beifall fanden.

Schiffahrtskongreß.

t. **Freiburg**, 25. Sept. Der vom Rheinschiffahrtsverband Konstanz und vom Südwestdeutschen Kanalverein veranstaltete Schiffahrtskongreß war von Vertretern der badischen, der schweizerischen und der niederländischen Regierung besucht, ferner von Vertretern der Reichsfinanzverwaltung, der Reichspost, der hiesigen Stadtverwaltung, der badischen Handels- und Handwerkskammern, der Großindustrie und der Technischen Hochschule Karlsruhe. Der Vorsitzende des Rheinschiffahrtsverbandes, Kommerzienrat Stiegeler-Konstanz, eröffnete die Tagung mit Begrüßungsworten. Er erklärte, die Notlage Deutschlands sei der Durchführung der Pläne nicht besonders günstig, aber das dürfe nicht abhalten, das ins Auge gefaßte Ziel weiter zu verfolgen. Gerade Süddeutschland hatte am stärksten unter dem Druck der wirtschaftlichen Lage zu leiden infolge der großen Entfernung von den Rohstoffen, von den Fertigfabrikaten, von der Kohle und infolge der enormen Frachtkosten. Alle Mittel müßten aufgewendet werden, um die Wasserkräfte des Rheins und des badischen Landes in den Dienst der Industrie und der badischen Bevölkerung zu stellen.

Die Teilnehmer an dem Kongreß besichtigten sodann die elektro-wirtschaftliche Ausstellung in der Festhalle und hörten Vorträge und Erläuterungen von Baurat Altmayer-Karlsruhe, von Geh. Rat Prof. Rehbock-Karlsruhe und von Prof. Dr. Ludin-Karlsruhe. Es folgte ein Begrüßungsabend, bei dem Bürgermeister Dr. Höfner die Gäste willkommen hieß. Baudirektor Maier-Stuttgart befürwortete die Verbindung der Bodenseeschiffahrt mit der Donau. Staatsrat Emmer-Basel dankte namens der Basler und der schweizerischen Regierung für die rege Unterstützung der badischen Behörden und der Reichsregierung bei der Förderung der Rheinschiffahrt und des Schutzes des „freien Rheins" gegen die französischen Pläne, das Strommasser in französische Kanäle abzuleiten.

Sonntag vormittag begann die Hauptversammlung. In seiner Begrüßungsansprache betonte Kommerzienrat Stiegeler, man dürfe hoffen, daß dem internationalen Ausbau des Rheinstroms auch das internationale Kapital zur Finanzierung nicht fehlen werde. Einmütig trete auch der Kongreß für den „freien Rhein" als Schiffahrtsstraße von Rotterdam bis Konstanz ein und für die Schaffung einer Schiffahrtsstraße vom Bodensee zur Donau. — Als Vertreter des Arbeitsministeriums versicherte Ministerialdirektor Fuchs, daß die badische Regierung es sehr ernst nehme mit dem Ausbau der Wasserkräfte. Der böse Geist des Versailler Vertrages stehe über der Strecke Basel—Straßburg, die zugunsten einer Elsässer Kanallinie lahmgelegt werden soll. Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, Ministerialdirektor Gleichmann, bezeichnete Baden als das klassische Land des Ausbaues der Wasserkräfte. Man dürfe hoffen, daß beim Kampf um den „freien Rhein" ein Ergebnis zustande komme, das der Gerechtigkeit entspreche. Auch der holländische Vertreter Jolles bedauerte, daß er allein in der Rheinkommission nicht viel ausrichten könne; es herrschten zurzeit traurige Zustände, weil die technischen Fachkreise noch nicht zur Klarheit gelangt seien.

Nach weiteren Begrüßungsansprachen hörte die Tagung zwei Vorträge. Der Direktor des Badenwerks, Helmle, sprach über elektrowirtschaftliche Fragen der Gegenwart und Geh. Rat Dr. Rehbock über den Rhein als internationales Problem. Von beiden Rednern wurde darauf hingewiesen, daß trotz der ungeheuren Kosten die Wasserkräfte nutzbar gemacht werden müßten, da sie bedeutende Werte in sich schließen.

Aus Baden

Wiederwahl des Mannheimer Oberbürgermeisters.

rr. **Mannheim**, 25. Sept. (Drahtber.) Oberbürgermeister Kutzer, dessen 9jährige Amtszeit am 31. Dez. d. Js. abläuft, wurde heute nachmittag vom Bürgerausschuß nahezu einstimmig wiedergewählt. Von 124 Wahlberechtigten stimmten 93 Stadträte und Stadtverordnete ab, von diesen stimmten 90 für die Wiederwahl; drei Zettel waren weiß. Zu Beginn der Sitzung wurde das Wahlresultat vom ersten Bürgermeister Ritter bekannt gegeben und der Oberbürgermeister im Namen des Kollegiums beglückwünscht. Der Oberbürgermeister dankte mit herzlichen Worten.

Heimstättentagung.

t. **Karlsruhe**, 25. Sept. Im Sitzungssaal des Badischen Landtags begann am Montag vormittag der Vortragskurs über Wohnungs- und Siedlungswesen und in Verbindung damit der Heimstättentag, der sich auf mehrere Tage dieser Woche erstreckt. Mit der am kommenden Donnerstag beginnenden 27. Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer wird diese Heimstättenwoche, die vom badischen Arbeitsministerium veranstaltet ist, ihren Abschluß finden. Die Beteiligung an dem Heimstättentag ist sehr stark; erschienen sind außer den Vertretern der verschiedenen Regierungsstellen solche der Stadtverwaltungen, der Siedlungs- und Baugenossenschaften und der Gewerkschafter verschiedener Richtungen.

Arbeitsminister Dr. Engler eröffnete kurz nach 10 Uhr die Tagung, begrüßte die Teilnehmer und gab seiner Freude über die starke Beteiligung Ausdruck. Auf dem Gebiet des Wohnungswesens sind Staat und Geimeinden, so führte der Minister aus, neue große Aufgaben entstanden, die nur durch eine zusammenfassende Arbeit aller beteiligten Stellen gelöst werden können. Schon vor dem Kriege haben sich Staat und Gemeinden mit Wohnungsfragen beschäftigt, aber sie selbst haben noch keine Wohnungen gebaut. Sie beschränkten sich lediglich darauf, den Wohnungsgenossenschaften billiges Bauland zu gewähren und ihnen andere Erleichterungen zu verschaffen. Während des Krieges selbst lag die Bautätigkeit nahezu vollständig darnieder. Aber nach dem Kriege entstanden dann drei große Aufgaben: die Wohnungsräumung, die Wohnungsrationierung und der Wohnungsneubau. Es war begreiflich, daß der Widerstand gegen die ersten Maßnahmen sehr lebhaft war, sie waren aber notwendig. In den ersten Jahren nach dem Kriege lag der Wohnungsneubau fast ausschließlich bei den Gemeinden. Die staatliche finanzielle Unterstützung war noch gering; sie nahm erst in den letzten Jahren größere Ausmaße an. Immerhin war Baden auch hierin den anderen Ländern voraus. Was die Wohnabgabe anbetrifft, so muß sie so ausgebaut werden, daß der Wohnungsbau keine Stockung auf längere Zeit erfährt. Neue wirtschaftliche Aufgaben sind den Gemeinden und den Bezirksämtern durch den Wohnungsneubau entstanden und er könne feststellen, daß die Bezirksämter sich in die neuen Aufgaben sehr rasch eingearbeitet haben und auch in dieser Wiederaufbauarbeit gerne und freudig mittätig sind. Am Schlusse seiner Ausführungen dankte der Minister allen Behörden und Personen, die in amtlicher und ehrenamtlicher Eigenschaft auf dem Gebiet des Wohnungswesens tätig sind.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Den ersten Vortrag hatte Regierungsrat Schoch (Karlsruhe) übernommen, der über Baukostenbeihilfen sprach. Der Redner legte die gesetzlichen Bestimmungen dar und gab die dazu nötigen Erläuterungen.

Caritastagungen.

t. **Karlsruhe**, 25. Sept. Die in der letzten Woche abgehaltenen Caritastagungen umfaßten auch die Beratungen über das katholische Fürsorgewesen, und zwar die Generalversammlung des Landesausschusses der Fürsorgevereine für Mädchen, Frauen und Kinder, sowie der Männerfürsorgevereine der Erzdiözese Freiburg. Bei Erstattung des Berichts über die Arbeit der Fürsorgevereine wurde betont, daß die Erhaltung der Zufluchtsheime schwierig ist. Die Fürsorger seien eine wertvolle Unterstützung der Behörden. Das Maria-Viktoriastift in Rastatt wird am 1. Oktober von deutschen Schwestern eröffnet. Die Bereitstellung von Pflegestellen wurde als wichtig bezeichnet. Der Direktor des Karlsruher Fürsorgeamts, Rechtsrat Dr. Fichtl, berichtete über die Erfahrungen im Amtsbezirk Karlsruhe, seit dem Kriege bis zum Jahre 1920 ist eine Steigerung der Fürsorgefälle um 60 Proz. zu verzeichnen. Neben den Eigentumsdelikten, deren Zahl erschreckend groß ist, weisen die Sittlichkeitsdelikte, namentlich bei den Mädchen, eine höhere Zahl auf als vor dem Kriege. Redner wandte sich gegen die Herabsetzung des Schutzalters der Jugend zum Kinobesuch.

Eine schlimme Einwirkung üben auch die schlechten Wohnungsverhältnisse aus. — In Vorträgen erörtert wurde u. a. dann der Kampf gegen die gefährlichen Volksseuchen. Die staatliche Reglementierung der Prostitution wurde verworfen. — Es folgte dann die Mitgliederversammlung des Reichsverbandes sozial-caritativer Stellenvermittlung und die Generalversammlung des Diözesanverbandes der katholischen Mädchenschutzvereine (Bahnhofsmission). Stadtpfarrer Dr. Hüfner (Wiesbaden) verwies auf die neuzeitlichen Aufgaben der Mädchenschutzvereine, die vor allem in der Bahnhofmission liegen. Auch den Auswanderern ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Bahnhofmissionen sollten die Mädchen vor der Grenzüberschreitung zurückhalten. Holland sei überfüllt mit deutschen Mädchen.

*

t. **Bretten**, 25. Sept. Ein Automobilunglück ereignete sich gestern auf der Fahrstraße Sienzingen—Maulbronn. Infolge zu schneller Fahrt überstürzte sich das Auto und begrub, als einzigen Fahrgast, den Fahrer. Nachbarbewohner richteten das Auto wieder auf und brachten den Schwerverletzten ins Krankenhaus nach Maulbronn. Das Auto, das noch fahrbar war, wurde ebenfalls nach Maulbronn gebracht.

t. **Heidelberg**, 25. Sept. Zu einer Schlägerei kam es in einem Eisenbahnzug zwischen Mannheim und Heidelberg. Zwei betrunkene Maurer aus Eppelheim hatten eine Fensterscheibe eingeschlagen und verprügelten den Schaffner als er die Fahrkarten verlangte. Als andere Mitreisende dem Schaffner zu Hilfe eilten, zog einer der Betrunkenen das Messer und verletzte den Bahnarbeiter Weisling aus Friedrichsfeld schwer.

t. **Mannheim**, 25. Sept. Als ein 27jähriger lediger Eisengießer wegen nächtlicher Ruhestörung verhaftet werden sollte, feuerte er einen scharfen Schuß ab und verletzte den Polizeibeamten erheblich.

t. **Eberbach**, 25. Sept. Auf der Station Erbach wollte der in den 20er Jahren stehende, jung verheiratete Arbeiter Leonhard Mohr auf den schon in voller Fahrt befindlichen Zug aufspringen. Der Waghalsige kam dabei unter die Räder, die ihm beide Beine vom Leibe trennten. Kurz darauf trat der Tod des Verunglückten ein.

t. **Tauberbischofsheim**, 25. Sept. Der verheiratete Bremser Walter von Lauda wurde beim Anhängen eines mit Stammholz beladenen Wagens an einen Güterzug von einem Stamm an den Kopf getroffen und so schwer verletzt, daß er starb.

t. **Rastatt**, 25. Sept. Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag im Büro der staatlichen Saatzuchtanstalt auf dem Gelände des Versuchs- und Lehrgutes der Landwirtschaftskammer ausgeführt. Es wurden ein Geldbetrag in Höhe von mindestens 100 000 Mk. und ein Scheck über 60 000 Mk. entwendet.

t. **Achern**, 25. Sept. Am letzten Samstag waren 80 Jahre seit Bestehen der Heil- und Pflegeanstalt Illenau vergangen, die in den Jahren von 1837 bis 1842 nach den Plänen von Dr. Christian Roller erbaut und am 23. September 1842 von den ersten Kranken und den Pflegekräften bezogen wurde. Direktoren der Anstalt waren Dr. Roller, K. Hergt und Schüle; heute liegt die Leitung der Anstalt in den Händen von Dr. Ernst Thoma.

Offenburg, 25. September. Am Sonntag fand aus Anlaß der 100. Wiederkehr der ersten deutschen Naturforscherversammlung zu Ehren des Naturforschers Lorenz Oken beim Okendenkmal eine Feier statt. Augenarzt Dr. Klingelhöffer-Offenburg hielt die Festrede, gedachte der großen Verdienste Okens um die deutsche Wissenschaft und legte im Namen der hiesigen Aerzte und des hiesigen Naturwissenschaftlichen Vereins einen Kranz am Denkmal nieder. Weitere Kränze wurden niedergelegt namens der Stadtverwaltung und von einem Vertreter der Heimatgemeinde Okens, Bohlsbach, die durch eine Abordnung des Gemeinderats und der Lehrerschaft vertreten war. (Lorenz Oken war geboren am 1. August 1779 in Bohlsbach bei Offenburg und hieß ursprünglich Okenfuß; er studierte Medizin, war von 1807 bis 1819 Professor in Jena und zog sich dann ins Privatleben zurück. Im Jahre 1822 berief er die Naturforscherversammlung nach Leipzig zusammen. Oken wirkte dann später in München und in Zürich, wo er am 11. August 1851 gestorben ist.)

t. **Freiburg**, 25. Febr. Im Stadtteil Stühlinger wurden von der Kriminalpolizei über 150 Zentner Zwetschgen beschlagnahmt, die der Schnapsfabrikation zugeführt werden sollten. Die Zwetschgen werden zu billigen Preisen verkauft. Gegen den Aufkäufer ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

t. **Freiburg**, 25. Sept. Die hiesige Ortsgruppe des Schwarzwaldvereins hat in den letzten Tagen das 4000. Mitglied aufgenommen.

t. **Müllheim**, 25. Sept. Die Autolinie Wehr—Kandern—Badenweiler—Müllheim, die sich trotz aller Propaganda nicht mehr halten kann, soll lt. „Markgr. Nachr." am 1. Oktober eingestellt werden.

Aus Nachbarländern

Stuttgart, 25. Sept. Die Arbeiten an dem ersten Bauteil des neuen Bahnhofs sind soweit vorgeschritten, daß mit seiner Fertigstellung auf Ende September gerechnet werden kann. Zunächst wird nun das Betriebs- und Verkehrspersonal mit den Einrichtungen des neuen Hauptbahnhofs vertraut gemacht werden. Als Zeitpunkt für die Eröffnung ist die Nacht vom Sonntag auf Montag, den 22./23. Oktober 1922 bestimmt worden.

Sport-Spiel

Turnen.

Karlsruher Turngau. Handballrunde 22/23. Spiele am 1. Oktober 1922:

Meisterklasse (Liga): ½11 Uhr: Tv. Mühlburg gegen Tv. Beiertheim. ½3 Uhr: K. T. V. 46 gegen Tgd. Teutschneureut.

A-Klasse: 4 Uhr: Tv. Ettlingen gegen Sg. u. Tvg. Beiertheim.

Jugend-Klasse: 3 Uhr: Tv. Ettlingen gegen Tv. Beiertheim. ½4 Uhr: K. T. V. 46 gegen Tgd. Teutschneureut.

Spiele am 8. Oktober 1922:

Meisterklasse (Liga): 3 Uhr: Tv. Mühlburg gegen Tv. Welschneureut. ½4 Uhr: Tgd. Teutschneureut gegen M. T. V.

Jugendklasse: ½3 Uhr: Tgd. Teutschneureut gegen M. T. V. 4 Uhr: Tv. Ettlingen gegen Tv. Welschneureut.

Die Spiele finden jeweils auf dem Platze des erstgenannten Vereins statt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Statt besonderer Anzeige.

Die tieftraurige Mitteilung, daß unser lieber Vater, Bruder, Onkel, Schwager und Großvater

Privatier

Ernst Fischer

langjähriger Direktor der Firma Kirner & Cie.,
Chef des Hauses Villinger Kirner & Co.

heute im Alter von 76 Jahren, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. September, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Trauerhaus: Ritterstraße 42.

Statt besonderer Anzeige.

Am 24. September 1922, abends 8 Uhr, verschied nach längerem schweren Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Johann Georg Tranzer

Privatmann

im 69. Lebensjahre.

Karlsruhe, den 25. September 1922.

Georg Tranzer, Verw.-Obersekretär
Else, geb. Vogt,
und **2 Enkelkinder.**

Die Beerdigung findet in aller Stille am Mittwoch, den 27. September, vorm. 11½ Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.
Auf Wunsch des Entschlafenen bitten wir von Blumenspenden und Trauerbesuchen absehen zu wollen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns in unserm tiefen Schmerz zuteil wurden, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers Weidemeier und für die zahlreichen Kranzspenden, sagen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Heinrich Kißling, Privatmann.

Karlsruhe, 25. September 1922.

Trauer-Hüte
in jeder Preislage stets vorrätig
Geschw. Gutmann Ecke Kaiser u. Waldstr.

Einmachtöpfe
in allen Größen empfiehlt preiswert
W. Schmidt, Tonwaren, Karl-Friedrichstr. 18.

Heirat.

Wünsche zwanglosen Briefwechsel m. liebenswürdigem, edlem, häuslichem Mädchen aus guter Familie zwecks späterer Heirat. Tüchtige Näherin wird bevorzugt. Bin von angenehmer solider Erscheinung, Ende 20, evang., entstamme gutem süddeutsch. Hause, habe sichere Existenz u. bin z. Z. im benachbarten Ausland. Aufrichtige reelle Zuschriften unter Nr. 1958 ins Tagblatt.

Wohnungstausch

Wohnungstausch.

Modern eingerichtete 3 Zimmerwohnung mit Gas, elektr. Licht, Küche mit Speiseschrank, Keller, Mansarde, im Westen gelegen, tausche gegen eine gleichartige 5 Zimmerwohnung mit Mädchenzimmer oder gegen eine gleichartige 3—4 Zimmerwohnung, zentral geleg.; bei sofortiger Entscheidung wird Umzug vergütet. Gefl. Angeb. an **Bastian,** Ritterstraße 5.

Unentgeltliche Wohnung

Gegen Uebernahme von Hausarbeiten wird eine sehr schöne Parterrewohnung von Küche und zwei Zimmern unentgeltlich im Tauschwege abgegeb. Angebote unter Nr. 1935 ins Tagblattbüro erbet.

Zu vermieten

1—2 Zim. m. Küchenbenutz. a. gb. Dame od. j. Ehep. zu verm. Angeb. unter Nr. 1858 i. Tagblattbüro.

Miet-Gesuche

Im Zentrum **möbl. Zimmer** mit elektr. Licht von bess. Herrn sofort gesucht. Angeb. unt. Nr. 1968 ins Tagblattbüro.

Ecke Karl-, Klauprecht- und Kurvenstraße.
Mansarde, möbl. oder unmöbl., obiger Nähe, gegen gute Bezahlung für Mädchen **gesucht.** Angebote unter Nr. 1959 ins Tagblattbüro erbeten.

Offene Stellen

2 Stützen,
von denen eine kochen, die andere gut nähen kann, für sofort gesucht.
Dr. Blos, Baiserstr. 2.

Erzieherin
aus guten Kreisen tagsüber zu 2 Kindern gesucht. Hohes Salär. Angebote unter Nr. 1967 i. Tagblattbüro erbeten.

Gesucht sehr tüchtiges im Kochen durchaus bewandertes **Mädchen** zu kleiner Familie.
Jahnstraße 6, I.

Bekanntmachung.

Die Notlage der Rechtsanwaltschaft hat infolge der allgemeinen Teuerung und der enormen Steigerung der Bürounkosten (insbesondere auch der Gehälter der Angestellten) einen derartigen Grad erreicht, daß die Rechtsanwälte zu einer angemessenen Erhöhung der Gebühren und Auslagenvergütungen **gezwungen** sind.

Außerdem kann die Rechtsanwaltschaft die Auswirkungen der fortschreitenden Geldentwertung nicht mehr wie bisher allein tragen. Die Rechtsanwälte des Landgerichtsbezirks Karlsruhe haben sich deshalb gegenseitig verpflichtet, in allen Fällen ohne Rücksicht auf die Persönlichkeit des Vollmachtgebers angemessene Vorauszahlung auf ihre Gebühren und Auslagenvergütungen zu fordern.

Karlsruhe, den 22. September 1922.

Die Rechtsanwälte des Landgerichtsbezirks Karlsruhe.

Bund deutscher Bodenreformer

Mittwoch, 27., u. Donnerstag, 28. September

Badischer Heimstättentag

veranstaltet vom Arbeitsministerium, unter Mitwirkung des Bundes Deutscher Bodenreformer im **kleinen Festhallesaal**
Beginn jeweils 9 Uhr vormittags.

Es sprechen: Dr. Damaschke, Berlin, Dr. Ermen, Münster, Geh. O.-Reg.-Rat Falkenberg, Berlin, Bürgermeister Schneider, Karlsruhe, Landtagspräsident Peus, Dessau, Ober-Reg.-Rat Dr. Rusch, Dresden.

Freitag, den 29. September, bis 2. Oktober

27. Hauptversammlung des Bundes Deutscher Bodenreformer
im **kleinen Festhallesaal:**

Freitag, 9½ Uhr vormittags, Begrüßungen. Dr. **Damaschke:** Die Bodenreformarbeit im letzten Jahr.

3 Uhr nachmittags: Vorträge von Min.-Direktor Dr. Fuchs, Karlsruhe, und Geh. Rat Dr. Schrameier, Berlin.

Samstag, 9 Uhr vormittags. Vorträge: Arbeitsland oder Rentenland; Handwerk und Bodenreform; Die Bedeutung der Bodenreform für den sittlichen Aufbau unseres Volkes.

8 Uhr abends im **großen Rathaussaal**
Jugendversammlung.

Sonntag, den **1. Oktober, 10½ Uhr vormittags** im **großen Festhallesaal**
Schlußversammlung.

Der deutsche Boden – dem deutschen Volke!

Die Vorträge sind allgemein zugänglich. Dauerkarten für **beide Tagungen 100 Mark** einschl. **freier** Eintritt in den Stadtgarten. **Tageskarten 10 Mk. Vorverkauf** in der **Auskunftsstelle des Verkehrsvereins,** Kaiserstraße 158; sonst in der **Geschäftsstelle** der Tagungen: Vorzimmer zum kleinen Festhallesaal.

Jüngerer, tüchtiger
Kaufmann
perfekt i. **Stenographie u. Maschinenschreiben,** zum sofortigen Eintritt gesucht. Angeb. mit Zeugnisabschriften erbitten
M. Stromeyer
Lagerhausgesellschaft
Karlsrhe.-Rheinhafen

Stellen-Gesuche

Fräulein
sucht per 15. Oktober Stelle. Dasselbe hat verschiedene Betriebe mit gutem Erfolg geleitet, ist sehr tücht. Verkäuferin. Kaut. kann nach Verlang. gestellt werden. Angeb. u. Nr. 1971. i. Tagblattbüro.

Empfehlungen

Ihr Paßbild
in wenigen Minuten nur im **Photograph. Atelier.** Herrenstr. 38.

Verkäufe

Wohnhaus beste Stadtl., mod. 4 3 imm.-Wohn. z. 1 Mill. zu verk. **Heberle,** Liegensch.-Büro Yorkst. 37. T. 2399

Elegante **Polstergarnitur, Sofa, 2 Klubsessel,** neu, von Privat preiswert zu verk. Adr. im Tagblattbüro zu erfr.

Tafelgeschirr in **Porzellan** und **Glas** zu verkaufen: Stabelstr. 4, von ½9—10 und von 4—6.

Damenkostüm, Jackett und Rock, sowie **Mantel** zu verkaufen: Jollystraße 19, IV.

¾ Geige mit Kasten, 1 Paar Damen-Boxcalfst., Gr. 40, 1 dkbl. Bleile-Anzug (7—10 J.), eleg. dklbl. Tuchmantel (5—8 Jahre), 1 Kasperltheater, alles gut erh., zu vk.: Rheinstraße 45 (Friseurgesch).

Gebr. Anzüge, Mantel, Stiefel, mittl. Größe, zu verkaufen. Adresse im Tagblattbüro zu erfrag.

Gut erhalt. **Anzug,** ält. Joppe und **Mantel** für kl. starke Fig., Militär- u. Drillich-Anzug, Militärmäntel, neues Kaniisol u. Unterhose für norm. Fig., Fußball-, Schnür- u. Rohrstiefel, Gr. 40 bis 42, weiße Sporttrikots, Mädchenmantel u. Pelzmütze für 14—16jähr., 1 Kokosläufer, 1 ält. Lieg-, 1 Sitzwag. u. Schulbüch. z. verk.: Kriegstr. 62, 2. St.

Boxer
2 hellgestromte, 4 Monate alte, Ohren und Rute koup., mit Stammbaum, zu verkaufen.
Strobel, Durlach
Kronenstraße 8.

4 Läuferschweine
zu verkaufen bei
Emmerich
Viehhof, Karlsruhe.

Hühner,
junge, umständehalber zu verk. Durlacher Allee 47 II

Badisches Landestheater
Dienstag, 26. Sept. 6½ bis g. 10 Uhr. 90 Mk
Abonnement A 2
Th.-Gem. B. V. B. Nr. 201—500
König Richard II.

Kaufgesuche

Haus gesucht.
Besseres Etagenhaus von Auslandsdeutschem zu kaufen gesucht. Wohnung nicht erforderlich. Angebote unter Nr. 1969 ins Tagblattbüro.

Haus gesucht.
Geschäftshaus, womöglich mit Einfahrt und Hof gesucht. Angebote unter Nr. 1980 ins Tagblattbüro erbeten.

5 Zimmer-Wohnhaus
mod. Wohnung., beste Lage, g. 1 Einfamilienhaus zu tauschen ges.
Heberle Liegensch.-Büro Yorkstraße 37. Tel. 2399.

Badeeinrichtung
Holz- oder Kohlenbadeofen, Emaillebadewanne, neu oder gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angeb. unter Nr. 1960 ins Tagblattbüro.

Schreibmaschine
gebrauchte, jedoch gut erhalten, zu
kaufen
gesucht. Preisangeb. unt. Nr. 1964 ins Tagblattb.

Samtmantel,
gut erh., zu kauf. gesucht. Preisangebote unter Nr. 1966 ins Tagblattb. erb.

Chauffeur-Mantel,
gebraucht, nur sehr gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 1961 ins Tagblattb.

Pelzgarnitur.
Bessere, gut erhaltene Garnitur für Dame zu kaufen gesucht. Angeb. u. Nr. 1975 ins Tagblattb.

Spielsachen.
Für Kinder, die sich viel allein überlassen sind, werden gebrauchte Spielsachen zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 1985 ins Tagblattbüro erb.

Waffen
aller Art kauft
A. Böttcher, Adlerstr. 40.

Meerschweinchen
zu kaufen gesucht.
Internat. Apotheke.

Milchkuh
junge, frisch melkend, zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote unter Nr. 1962 ins Tagblattbüro erbet.

Kaufe zu jeder Zeit **gebr. Möbel** all. Art zu höchst. Preisen.
D. Gutmann,
Rudolfstraße 12.

Gänse-Lebern
werden am besten bezahlt bei
Adolf Rinderspacher.
Oberländer Weinstube
Karlsruhe
Akademiestr. 7, Tel. 5066.

Alt Gold – Silber – Platin –
Gegenstände
Gebisse, Brennstifte
kauft zu höchstem Preis
L. Theilacker, Uhrmach.
Hebelstraße 23
gegenüb. „Kaffee Bauer".

Kaufe
getrag. Kleider, Schuhe Wäsche, Pfandscheine, Möbel, Gegenstände aller Art.
Pfifucha, Zähringerstraße 30.
Hausnummer beachten.

Alte Gold- Platin- u. Silber-
Gegenstände
zu eigenem Gebrauch, daher gute Preise, wird angekauft.
Erbprinzenstr. 5 II.

Weinflaschen 15 Mk.
Bordeaux „ 8 Mk.
Sekt „ 7 Mk.
sowie alle anderen Sorten Flaschen. Eisen, Metalle, Papier und sonst. Speicherkram zu höchst. Tagespreis. Auf Wunsch wird die Ware selbst abgeholt. Postkarte genügt.
Rudolf Winterer
Waldhornstraße 37.

Gebisse
per Zahn von
Mk. 150.– an
u. höher werden fortwährend angekauft.
Frau **Pflüger,**
Hirschstraße 31 III.

Dienstag u. Mittwoch
von 10—6 Uhr werden
Gebisse gekauft,
zahle für den Zahn 150 Mk. u. höher
Karlstr. 37, part.
A. Weineck.

Weiche mit **Henko** die Wäsche ein!
Henko
Henkel's Wasch- u. Bleich-Soda für Wäsche und Hausputz.
Henkel & Cie.
Düsseldorf
Henko, das Paket Mark 18.—

An- u. Verkauf
von Kleidern, Schuhen, Wäsche, Möbel u. alle Art Gegenst. zu reellem Tagespreis. **A. Glotzer.**
Zähringerstraße 53a.
Telephon 3488.

Unterricht

Wer übernimmt Vorbereitg. f. wild. Abitur? Angebote unt. Nr. 1935 ins Tagblattbüro erbet.

Technische Neuerungen!
Rat! Orientierung! Beistand! durch
Ing. C. Kleyer, Karlsruhe, Tel. 1303.
(42 Jahre Patentanwalt).

Elektr. Kocher und Heizöfen
Warmwasserbereiter
Beleuchtungskörper
Emil Schmidt & Kons.
Kaiserstraße 209.

Alte Silber-, Gold- u. Platin-Gegenstände zu gewerblichen Zwecken kauft **zu höchsten Tagespreisen**
Hermann Gengenbach
Goldschmied und Juwelier
Kaiserstraße 243.

Felle, Haare.
Kanin-, Hasen-, Ziegen-, Marder-, Fuchs-, Maulwurfs-, Katzen-, Roß-, Ochs-, Kuh- und Schweinshaare kaufen und zahlen höchste Tagespreise
Lupolianski & Cie.,
Marienstr. 13, II. Hof. Tel. 1446.

Privat-Tanzlehr-Institut
H. Vollrath, Sofienstraße 23.
Beginn neuer Kurse **September** und **Oktober.**
Gefl. Anmeldung 2—7 Uhr erbeten.

Oho!

Schuhputz Nigrin
gibt auch bei Regen beständigen Hochglanz.

Das Meisterwerk des Salvini.

Kriminalroman von Otto Berndt.

Amerikanisches Copyright 1921 by Carl Dunker, Berlin.

(17) ——— (Nachdruck verboten)

„Herr Justizrat — darum habe ich es gewiß nicht getan."

„Ich weiß, aber mir ist es ein Bedürfnis — ich bin ein wohlhabender Mann, und ich würde mit Freuden mein ganzes Vermögen geben, wenn ich Salvinis Unschuld und meiner Tochter Glück damit erkaufen könnte."

Er zuckte schmerzlich zusammen.

„Vielleicht ist der Arme schon tot!"

Schreiber stand auf.

„Dann gestatten Sie, daß ich mich empfehle, ich möchte den Bericht an Schlüter noch mit dem Nachtzuge fortsenden."

„Und ich will nach dem Gefängnis fahren. Vielleicht darf ich meine Tochter noch einmal sprechen und ihr einige hoffnungsfrohe Andeutungen machen. Sie bedarf ja am meisten des Trostes. Und Sie, Herr Kommissar — nicht wahr, auch Sie arbeiten weiter — wenn Sie für Ihre Nachforschungen irgendwelche Ausgaben haben — scheuen Sie keine Kosten — ich stehe zu Ihrer Verfügung."

Während der junge Kommissar zum Stettiner Bahnhof eilte, um den langen Brief an Dr. Schlüter zu senden, der sich seines Wissens in Stockholm aufhielt, fuhr der Justizrat nach dem Gefängnis. Natürlich hatte es für ihn keine Schwierigkeit, seine Tochter zu sehen.

„Wie steht's?"

„Ueber einundvierzig. Der Arzt meint, in dieser Nacht wäre die Krisis."

Sie weinte an seinem Halse.

„Mut, Kind, ich habe Hoffnung, daß sich alles zum besten kehrt."

„Du willst mich trösten."

„Gewiß will ich das, aber nicht nur mit leeren Worten."

Er erzählt ihr schnell, was ihm Schreiber gesagt.

„Vater — wenn's nur nicht zu spät ist!"

„Zu spät ist es nie."

Sie weinte, daß ihr ganzer Körper erzitterte.

„Mein liebes, armes Kind, könnte ich dir helfen!"

Drinnen stöhnte der Kranke.

„Ich muß hinein."

„Geh und sei mutig."

„Gewiß, Vater, ich will mutig sein, es ist ja so herrlich, was du mir gesagt hast, nur — jetzt kann ich mich nicht freuen — erst muß er leben!"

„Er wird leben, und alles ist gut!"

Er küßte sie und ging.

Sollte es wirklich zu spät kommen, das Glück? Aber kam es überhaupt? Er wagte nicht zu denken, nicht zu wägen — er klammerte sich an die Hoffnung, und diese war kaum mehr als ein schwanker Strohhalm!

Er konnte jetzt nicht fahren — warum auch? Was sollte er daheim — Arbeiten — Unmöglich!

Und das Grübeln, das einsame Nachdenken war so schrecklich!

Ja, wenn er bei seinem Kinde hätte bleiben dürfen! Aber sie mußte auch diese schwere Nacht allein durchkämpfen. Er bereute, daß er ihr erlaubt hatte, die Pflege zu übernehmen — was hatte der besinnungslose Kranke von ihrer Qual?

Nein, es war richtig — starb er — sie würde es sich nie verziehen haben, wenn sie nicht bei ihm gewesen — vor allem, wenn er unschuldig war.

Es war der Platz, auf den ihre Pflicht sie rief — die Pflicht der Braut — und sie war ja stark, sein herrliches Kind, das er erst jetzt ganz kannte!

Er schritt langsam durch den Tiergarten, da hörte er sich angerufen.

„Guten abend, verehrter Kollege!"

„Justizrat Berlepsch?"

„Mein lieber Freund!"

Berlepsch drückte ihm die Hand, und dieser Händedruck tat ihm wohl. Sie waren Freunde, und jetzt hatte mancher ihn gemieden, der sich noch vor kurzem so nannte.

„Sie müssen sich zerstreuen, müssen nicht immer grübeln — es war gewiß ein schwerer Schlag, aber die Zeit lindert. Auch ihr armes Fräulein Tochter wird vergessen —"

„Gewiß — gewiß!"

Er fühlte, daß Berlepsch ihn trösten wollte, aber — was sollte er antworten? An Salvinis Unschuld glaubte niemand. Auch Berlepsch sah ein, daß es das beste war, abzulenken.

„Wissen Sie übrigens, daß ich jetzt auch noch mit der unglückseligen Schumannschen Affäre zu tun habe?"

Warum nur die Menschen immer wieder davon sprachen!

„Sie sind ja wohl Nachlaßpfleger, Kollege?"

„Allerdings, und heute hat sich wirklich ein Erbe gemeldet."

„So so!"

Was interessierte Zeller ein Erbe Schumanns!

„Und noch dazu ein ganz böser. Ein Neffe, der zurzeit in Kopenhagen lebt — Gustav Schumann — hat mir durch einen dortigen Advokaten schreiben lassen. Stimmt, wie es scheint, wirklich alles, und doch — es gibt so ein merkwürdiges Licht. Daß ich auch gerade Nachlaßpfleger sein muß! Mir ist, als ob ich mal irgend etwas mit einem Gustav Schumann zu tun gehabt hätte — ich war damals noch im Gerichtsdienst und Staatsanwalt. Sie wissen, ich habe mich erst spät als Rechtsanwalt niedergelassen. Ich glaube, der Erbe ist ein böser Bruder, der viel auf dem Kerbholz hat. Darum kommt er wohl auch nicht selbst, sondern läßt durch einen Anwalt schreiben."

Unwillkürlich war Zeller lebhaft geworden.

„Wie heißt der Mann?"

„Gustav Schumann."

„Und wohnt?"

„Weiß ich nicht. Ein Advokat Swensen schreibt in seinem Auftrage und legt die Geburtsurkunde und andere Papiere in Abschrift bei. Bin neugierig, wie sich das Gericht dazu stellt. Ist allerdings ein Deutscher, aber im Ausland — wird wohl selbst kommen müssen, und das scheint er nicht zu wollen."

Zeller ging immer schneller.

„Herrgott, was rennen Sie plötzlich so?"

„Nichts — mir kam ein Gedanke — Kollege Berlepsch, haben Sie eine Stunde für mich Zeit?"

„Gern."

„Darf ich Sie bitten, mit in meine Wohnung zu kommen?"

„Wenn Sie wünschen?"

„He, Chauffeur, haben Sie Zeit?"

Er winkte einem Auto, und sie stiegen ein — Berlepsch verwundert — Zeller in heftiger Erregung. Jetzt war es ihm wie eine Erleuchtung gekommen.

Bestand zwischen diesem Erben, der, wie der Kollege sagte, ein böser Bruder war, und dem „Unbekannten" ein Zusammenhang? Hatte er den Mord begangen, um sich darauf mit einem Male in den Besitz der Erbschaft zu setzen?

Dann brauchte er allerdings nicht zu stehlen.

(Fortsetzung folgt.)